Bildung im Spannungsfeld veränderter Rahmenbedingungen

A

Dieses einführende Kapitel beschreibt die demografische Entwicklung (**A1**), die wirtschaftliche Entwicklung und den Strukturwandel (**A2**) sowie den Wandel der Familien- und Lebensformen (**A3**). Gesellschaftliche Veränderungen, die sich zum Teil seit Jahrzehnten kontinuierlich vollziehen, haben auch für das Bildungssystem Konsequenzen. Die aus den vergangenen Berichten bekannten Indikatoren werden mit neuen Schwerpunkten aufgegriffen.

Zunächst wird die Geburtenhäufigkeit als wesentliche Einflussgröße für die Bevölkerungsentwicklung und die Entwicklung der Anzahl der Kinder insgesamt betrachtet (**A1**). Mögliche Einflussgrößen auf die Fertilität wie Bildungsstand und Migrationshintergrund werden detailliert analysiert – vor dem Hintergrund, dass das unterschiedliche Geburtsverhalten die soziale und die Herkunftsstruktur der späteren Bildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer deutlich verändert. Die Struktur der Gesamtbevölkerung und das Verhältnis von Erwerbspersonen zu Nichterwerbspersonen lässt gravierende Unterschiede zwischen Bevölkerungsteilen mit und ohne Migrationshintergrund erkennen.

Die gesamte wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst die Ausstattung des Bildungswesens mit Ressourcen sowie die Struktur der Bildungsnachfrage und des Bildungsangebots (**A2**). Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die den größten Teil der Bildungsausgaben finanzieren, wurde durch die Finanzkrise gestört. In den Jahren 2009 bis 2011 wurden mit Konjunkturprogrammen nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch zusätzliche Investitionen in die Bildungsinfrastruktur stimuliert. Die hohe Verschuldung engt den Handlungsspielraum des Staates ein. Dies wird mittelfristig nicht ohne Einfluss auf die Bildungsausgaben bleiben. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, die Entwicklung der öffentlichen Haushalte und die Schuldenentwicklung zu beobachten. Nach dem Beschäftigungsrückgang im Krisenjahr 2009 wurden in den folgenden Jahren viele neue Arbeitsplätze geschaffen. Allerdings ist in den letzten Jahren ein Wandel der Beschäftigungsformen festzustellen: Befristete und geringfügige Arbeitsverhältnisse nehmen deutlich zu.

Der Wandel der Wirtschaftsstruktur, des Beschäftigungssystems sowie die Internationalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft verändern die Tätigkeitsprofile und beeinflussen die Anforderungen an das Bildungssystem, insbesondere im Bereich der beruflichen Bildung und der Hochschulbildung.

Auch die Familien- und Lebensformen, die eine große Bedeutung für den Erfolg von Kindern im Bildungssystem haben, unterliegen einem kontinuierlichen Wandel (**A3**). Dieser vollzieht sich nicht in allen Bevölkerungsgruppen und Regionen in gleicher Weise. Die nach wie vor am meisten verbreitete Familienform – verheiratete Eltern mit ihren Kindern in einem gemeinsamen Haushalt – ist in unterschiedlichem Maß in Ost- und Westdeutschland sowie bei Eltern mit und ohne Migrationshintergrund anzutreffen. Ebenso eindeutige Ost-West-Unterschiede lassen sich bei der Erwerbstätigkeit von Frauen berichten. Ergänzt werden diese Beobachtungen durch eine Darstellung der Risikolagen, von denen Kinder aufgrund fehlender Erwerbstätigkeit, schlechter finanzieller Lage oder geringem Bildungsstand der Eltern betroffen sind. Diese Faktoren werden erstmalig getrennt für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund analysiert.

Demografische Entwicklung

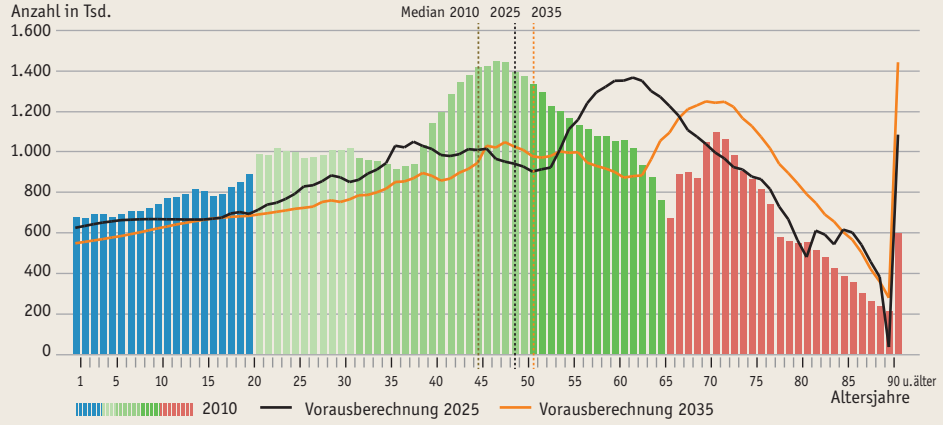
Die demografische Entwicklung der Bevölkerung nimmt bei der Beschreibung des Bildungssystems einen besonderen Stellenwert ein, gibt sie doch Aufschluss über die aktuelle und zukünftige Stärke bildungsrelevanter Altersgruppen, an denen sich Planungen orientieren müssen. In diesem Abschnitt werden daher die Entwicklungen in den drei für das Bildungs- und Erwerbsleben relevanten Lebensphasen – der Vorerwerbs-, Erwerbs- und Nacherwerbsphase – erörtert. Zugleich ist die demografische Entwicklung kein isoliertes Phänomen, sondern immer im Kontext anderer gesellschaftlicher Prozesse zu betrachten. Die Betrachtung von Migrationsaspekten verweist auf deren Relevanz für Bildungsfragen.

Langfristige Bevölkerungs- und Geburtenentwicklung

Rückläufige Bevölkerungszahl bei weiter steigender Lebenserwartung

Für die Bevölkerungsentwicklung sind drei Faktoren bestimmend: Die Geburtenzahl und die Sterbefälle als „natürliche" Veränderungen sowie Wanderungen – innerhalb Deutschlands und über seine Grenzen hinweg. Für Deutschland lässt sich die Tendenz in einem Satz zusammenfassen: Die stetig steigende Lebenserwartung in Verbindung mit einer beständig abnehmenden Zahl an Geburten führt zu einer Abnahme der Einwohnerzahl und zu einer Alterung der Gesellschaft (**Abb. A1-1**). Zuwanderungen aus dem Ausland konnten diesen Effekt bisher nicht kompensieren: Der Wanderungssaldo, der in den Jahren 2008 und 2009 sogar negativ ausfiel, ist 2010 mit annähernd 128.000 Personen wieder im Plus (**Tab. A1-7web**). Bei den Zuwanderern gibt es hinsichtlich des Bildungsstands (M) große Unterschiede: So haben 71,5% der 2010 neu aus den EU-27-Staaten zugezogenen 20- bis 24-Jährigen einen mittleren oder hohen Bildungsstand, allerdings sind es bei den türkischen Zuwanderern in dieser Altersgruppe lediglich 35,5% (**Tab. A1-8web**).

Abb. A1-1: Bevölkerungsstruktur in Deutschland 2010 sowie Ergebnisse der Vorausberechnung für 2025 und 2035 nach Altersjahren (Anzahl in Tsd.)

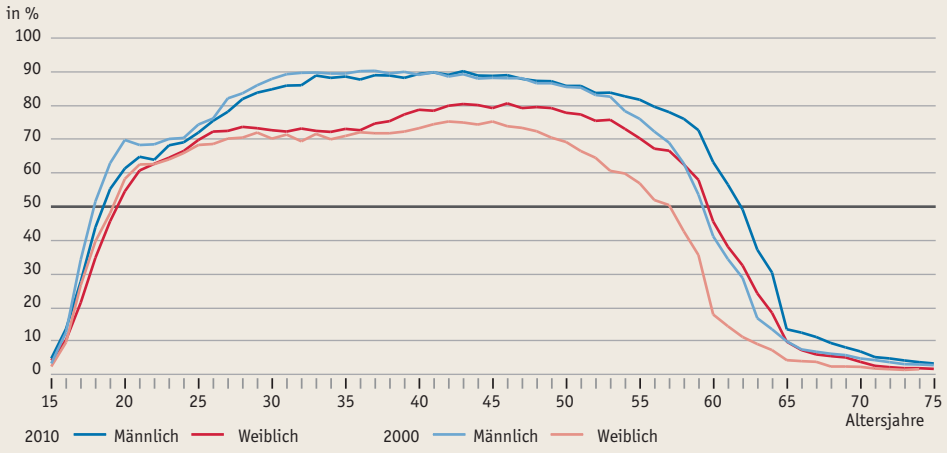


Lesebeispiel: Die ca. 1.010.000 30-Jährigen im Jahr 2010 werden im Jahr 2025 (schwarze Linie) 45 Jahre alt und ihre Anzahl wird auf ca. 980.000 gesunken sein. Zehn Jahre später, im Jahr 2035 (rote Linie), werden davon noch 972.000 Personen leben und das 55. Lebensjahr erreicht haben. Für 2010 liegt der Median der Bevölkerung bei 44/45 Jahren; das heißt, dass 50 % der Bevölkerung 45 Jahre und älter sind. Dieser Durchschnitt wird in den kommenden Jahren steigen; im Jahr 2025 wird er bei 48/49 Jahren, 2035 bei 50/51 Jahren liegen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bevölkerungsstatistik, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (M)

→ Tab. A1-6web

Abb. A1-2: Quote der Erwerbstätigen nach Alter und Geschlecht 2000 und 2010 (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2000, 2010 → ***Tab. A1-4A***

2010 haben in Deutschland 19% der Bevölkerung einen Migrationshintergrund (M). Es ist deutlich zu erkennen, dass der Anteil jüngerer Menschen mit Migrationshintergrund an der gleichaltrigen Bevölkerung weiter zunimmt. Beträgt deren Anteil bei den 24-Jährigen aktuell ca. 23%, liegt er bei den unter 1-Jährigen bereits bei 35%. Von den Personen mit Migrationshintergrund insgesamt sind mit 45% nur knapp die Hälfte Ausländerinnen und Ausländer. Bedingt durch die Optionsregelung (M) aus dem Jahr 2000 wird sich der Anteil weiter verringern, da viele der in Deutschland geborenen Kinder ausländischer Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Aktuell sind etwa 15% der unter 10-jährigen Bevölkerung mit Migrationshintergrund Deutsche nach dieser Regelung, 17% besitzen eine ausländische Staatsbürgerschaft und 68% sind Deutsche mit sonstigem Migrationshintergrund. In der Altersgruppe der 10- bis unter 20-Jährigen haben hingegen noch 36,5% aller Personen mit Migrationshintergrund eine ausländische Staatsbürgerschaft (**Tab. A1-1A**, **Tab. A1-9web**).

Etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung hat einen Migrationshintergrund

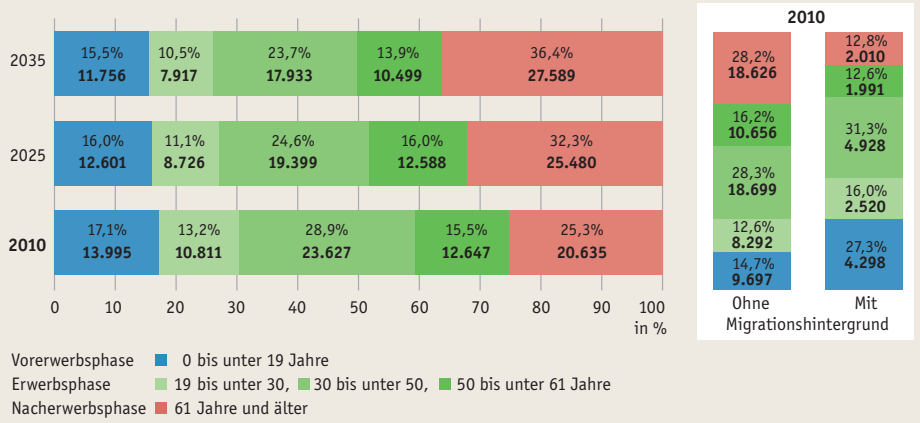
Damit die Bevölkerungszahl (ohne Betrachtung von Wanderungseffekten) konstant bleibt, muss die zusammengefasste Geburtenziffer (M) je Frau bei einem Wert von 2,1 Kindern liegen – dem sogenannten „Bestandserhaltungsniveau". Dieser Wert wurde mit einer relativ stabilen Geburtenziffer von weniger als 1,4 Kindern je Frau in Deutschland schon seit über 40 Jahren nicht mehr erreicht. Bei einer in der Folge rückläufigen Bevölkerungsgröße führt das zu einer Abnahme der absoluten Geburtenzahl, da sich die Anzahl der potenziellen Mütter immer weiter verringert: Wurden im Jahr 1985 noch 814.000 Geburten verzeichnet, so sind es 2010 noch 678.000 und im Jahr 2035 voraussichtlich nur noch 547.000 (**Tab. A1-2A**).

Geburtenanzahl sinkt weiter

(Bildungs-)Verlaufsorientierte Lebensläufe und Familienplanung scheinen sich deutlich zu beeinflussen: So hatte im Jahr 2008 zwar nahezu ein Fünftel der Frauen im Alter von 26 Jahren bereits einen Hochschulabschluss, aber nur knapp 11% von ihnen hatten bereits ein Kind. Von den gleichaltrigen Frauen mit mittleren Bildungsabschlüssen waren hingegen 28% bereits Mutter, von denen mit niedrigen Bildungsabschlüssen 67%. Während im Alter von 29 bis 30 Jahren etwa die Hälfte der Frauen mit einem mittleren Bildungsstand Mutter sind, gilt dies für Frauen mit einem hohen Bildungsstand erst im Alter von 32 bis 33 Jahren. Frauen mit niedrigem Bildungsstand erreichen diese Quote bereits mit 24 Jahren (**Tab. A1-3A**).

Zeitpunkt der Erstelternschaft vom Bildungsstand abhängig

Abb. A1-3: Anteile der Altersgruppen an der Bevölkerung insgesamt 2010, 2025 und 2035 sowie für die Bevölkerung nach Migrationsstatus 2010



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2010, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung

→ *Tab. A1-5A*

Erwerbsstruktur und Altersstruktur

Erwerbsphase endet noch deutlich vor dem gesetzlichen Renteneintrittsalter, aber Tendenz zu längerer Erwerbstätigkeit erkennbar

Die Bevölkerungsvorausberechnung macht deutlich, dass in den kommenden Jahren immer weniger junge Menschen einer steigenden Anzahl älterer Menschen gegenüberstehen werden. Die Erwerbsphase ist der Abschnitt, in dem mindestens 50% der Bevölkerung eines Altersjahrgangs erwerbstätig sind; 2010 ergibt sich ein Alter von 19 Jahren als deren untere und von 60 Jahren als deren obere Grenze. Die Erwerbsphase der Männer (19 bis 61 Jahre) beginnt bei dieser Klassifizierung ein Jahr früher und endet zwei Jahre später als die der Frauen (20 bis 59 Jahre). Gegenüber 2000 hat sich die obere Grenze bei beiden Geschlechtern merklich in Richtung einer längeren Erwerbstätigkeit verschoben. Die Erwerbsquoten der Frauen sind zwischen etwa 26 und 42 Jahren niedriger, da dies die Phase der Familiengründung ist; auch sinkt deren Arbeitsvolumen (**Abb. A1-2**, **Tab. A1-4A**, **A3**).

Die Anzahl der Personen in der Vorerwerbsphase (unter 19 Jahren) wird bis 2035 sowohl absolut als auch anteilsmäßig zurückgehen. Gehören ihr – relativ zu den hier empirisch ermittelten Grenzen – im Jahr 2010 noch 17,1% der Bevölkerung (14 Millionen Menschen) an, werden es 2035 nur noch 15,5% sein (– 2 Millionen). Eine deutlich gegenläufige Entwicklung zeigt sich hingegen bei den Personen in der Nacherwerbsphase (61 Jahre und älter), deren Anteil an der Gesamtbevölkerung um 11 Prozentpunkte von aktuell 25,3% (20,5 Millionen) auf 36,4% steigen wird (+7 Millionen). Um 2035 anteilig die gleiche Anzahl von Erwerbspersonen wie 2010 verfügbar zu haben, müsste die Erwerbsphase bei gleichem Eintrittsalter – so die Rahmenbedingungen sich nicht ändern – um 7 Jahre verlängert werden, also beispielsweise 19 bis 67 Jahre umfassen (**Abb. A1-3**, **Tab. A1-5A**).

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Differenzierung nach Migrationshintergrund: Personen ohne Migrationshintergrund befinden sich 2010 zu 28,2% in der Nacherwerbsphase, das sind gegenüber 14,7% in der Vorerwerbsphase beinahe doppelt so viele Menschen. Bei den Personen mit Migrationshintergrund zeigt sich ein entgegengesetztes Bild: Mit 27,3% befinden sich mehr als doppelt so viele Menschen in der Vorerwerbs- wie in der in der Nacherwerbsphase (12,8%) (**Tab. A1-5A**).

Methodische Erläuterungen

Bevölkerungsvorausberechnung
Die mit den Statistischen Landesämtern koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes beschreiben die künftige Größe und Struktur der Bevölkerung. Es werden verschiedene Varianten mit je unterschiedlichen Annahmen hinsichtlich der künftigen Entwicklung einzelner Einflussfaktoren berechnet. Die hier berichteten Zahlen der 12. koordinierten Vorausberechnung basieren auf der Variante 1-W1. Weitere Informationen zu den getroffenen Annahmen und Rahmenbedingungen finden sich in Hetmeier, H./Schräpler, J.-P./Schulz, A. (2010): *Bildungsvorausberechnung. Methodenbeschreibung und Ergebnisse* – Wiesbaden.

Migrationshintergrund
Hier wird die Definition aus dem Mikrozensus angewendet, die als Personen mit Migrationshintergrund „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil" erfasst (Destatis (2010): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2009* – Wiesbaden, S. 6).

Personen mit Migrationshintergrund in der ersten Generation sind selbst aus dem Ausland nach Deutschland zugewandert, haben also eigene Migrationserfahrung. Deren in Deutschland geborene Kinder haben keine eigene Migrationserfahrung in diesem Sinne und damit einen Migrationshintergrund der zweiten Generation.

Bildungsstand
Es wird unterschieden zwischen:
ISCED 0–2: niedrigem Bildungsstand: Grundbildung, Abschluss der Schulpflicht
ISCED 3–4: mittlerem Bildungsstand: Berufsausbildung, post-schulische Bildung, die den Zugang zu ISCED 5 ermöglicht
ISCED 5–6: hohem Bildungsstand: weiterführende (Fach-)Hochschulbildung, Promotion

Optionsregelung
§ 4 Abs. 3 StAG: „... Durch die Geburt im Inland erwirbt ein Kind ausländischer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil seit acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat ...". Wer die deutsche Staatsangehörigkeit auf Grundlage des Geburtsortsprinzips oder durch Einbürgerung (§ 40 b StAG) erhalten hat, muss sich spätestens bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres für die deutsche oder die andere Staatsangehörigkeit entscheiden. Obschon die betreffenden Personen bis dahin de facto temporär eine doppelte Staatsbürgerschaft haben, werden sie in fast allen Statistiken als deutsche Staatsbürger geführt.

Zusammengefasste Geburtenziffer
Für alle Frauen im Alter von 15 bis unter 50 Jahren gilt die Kinderzahl als durchschnittlich kumulierter Wert. Sie bezeichnet eine Kinderzahl, die eine Frau im Lauf ihres Lebens erreichen müsste, wenn ihr Geburtenverhalten sich wie das der übrigen 15- bis unter 50-Jährigen desselben Kalenderjahres verhielte. Die endgültigen Werte liegen von allen vor 1960 geborenen Frauen vor, die daher mindestens 50 Jahre alt sind.

Wirtschaftliche Entwicklung und Strukturwandel

Die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte, die wirtschaftliche Entwicklung und der Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft stellen wichtige Rahmenbedingungen dar, die vielfältige Auswirkungen auf die Ausstattung des Bildungswesens mit Ressourcen haben und aus denen sich Anforderungen an die Qualifizierungsfunktion des Bildungswesens ableiten lassen. Wie die Bildungsberichte zuvor gibt auch dieser einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung und die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte. Erstmals wird auf den Wandel der Beschäftigungsformen im Zeitverlauf eingegangen. Es wird gezeigt, in welchem Ausmaß Personen mit niedrigem und hohem Bildungsstand von diesen Beschäftigungsformen betroffen sind.

Wirtschaftliche Entwicklung

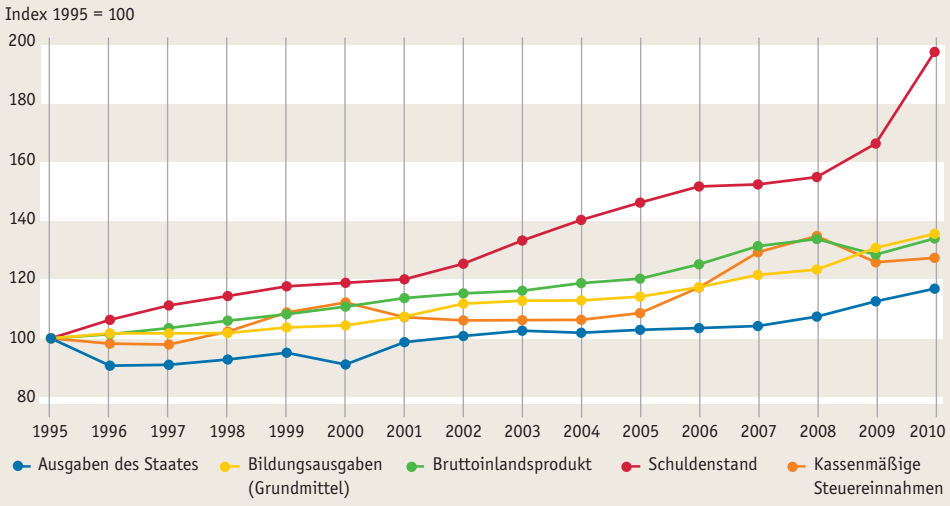
Erholung der deutschen Wirtschaft nach der Krise

Nach dem Rückgang im Krisenjahr 2009 ist das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2010 wieder gestiegen und hat damit etwa das Niveau des Jahres 2008 erreicht (**Abb. A2-1**). 2011 wuchs das Bruttoinlandsprodukt erneut. Zur wirtschaftlichen Erholung haben die Konjunkturprogramme von Bund, Ländern und Gemeinden mit beigetragen. Aufgrund des Zukunftsinvestitionsgesetzes wurden in den Jahren 2009 bis 2011 zusätzlich 8,7 Milliarden Euro in den Bildungsbereich investiert.

Nach wie vor besteht bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit innerhalb Deutschlands ein ausgeprägtes West-Ost-Gefälle (**Tab. A2-3web**): Das BIP je Einwohnerin und Einwohner liegt nach Berechnungen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder im Jahr 2010 in Ostdeutschland bei 23.462 Euro, während es in Westdeutschland bei 32.340 Euro liegt.

Die Haushaltsausgaben von Bund und Ländern, zusätzliche Bildungsausgaben (M) aus den Konjunkturprogrammen von Bund und Ländern sowie der Rückgang des BIP im Jahr 2009 trugen dazu bei, dass der Anteil der Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft am BIP deutlich anstieg. Während 2008 der Anteil der Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft bei 8,6% lag, wurden 2009 und 2010 jeweils 9,5% erreicht (Abgrenzung des nationalen Bildungsbudgets, vgl. **B3**).

Abb. A2-1: Entwicklung zentraler volkswirtschaftlicher Kennzahlen 1995 bis 2010



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Durch arbeitsmarktpolitische Instrumente wurde versucht, den Folgen der Finanzkrise für den Arbeitsmarkt entgegenzuwirken und ein hohes Beschäftigungsniveau zu halten. Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit ist 2011 im Jahresverlauf weiter zurückgegangen. Nach einer ersten Schätzung der Bundesagentur für Arbeit dürfte die Zahl der Kurzarbeiter jahresdurchschnittlich bei etwa 150.000 gelegen haben, nach rund 500.000 im Jahr 2010. Auch die Arbeitslosigkeit ist 2011 aufgrund der günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen weiter gesunken. Im Jahresdurchschnitt waren rund 3,0 Millionen Menschen arbeitslos. Die Arbeitslosenquote(M) befindet sich 2011 mit 7,1% nach dem Anstieg auf 8,1% 2009 unter dem Niveau von 2008 (**Tab. A2-1A**).

Finanzsituation der öffentlichen Haushalte

Die öffentlichen Haushalte finanzieren rund vier Fünftel der gesamten Bildungsausgaben in Abgrenzung des Bildungsbudgets in Deutschland (vgl. **B3**). Für eine Einschätzung des finanziellen Handlungsspielraums der Bildungspolitik sind daher Informationen zur Situation der öffentlichen Haushalte von großer Bedeutung. Über alle Aufgabenbereiche hinweg stiegen die öffentlichen Gesamtausgaben (Nettoausgaben) zwischen 2000 und 2008 nominal um 10% an (**Tab. A2-4web**).

Öffentliche Haushalte finanzieren rund vier Fünftel der Bildungsausgaben

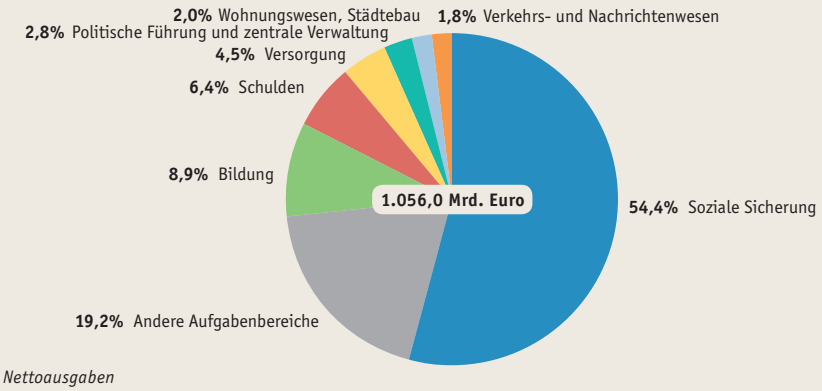
Legt man die Nettoausgaben(M) in Abgrenzung der Finanzstatistik öffentlicher Haushalte zugrunde, dann lag der Anteil der Bildungsausgaben am öffentlichen Gesamthaushalt im Jahr 2008 trotz gestiegener Bildungsausgaben mit 8,9% knapp unter dem Wert des Vorjahres, der 9,0% betrug (**Abb. A2-2**, **Tab. A2-4web**). Grund dafür ist ein stärkerer Anstieg der öffentlichen Gesamtausgaben in anderen Bereichen. Hohe Ausgaben gab es insbesondere zur Finanzierung des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin).

Die Ausgaben zur Finanzmarktstabilisierung haben auch 2010 wesentlich zum Anstieg der Schulden der öffentlichen Haushalte beigetragen. Ende 2010 hatten diese Schulden 2 Billionen Euro überschritten (+237,9 Milliarden im Vergleich zum Vorjahr).

Anstieg der Schulden aufgrund der Ausgaben zur Finanzmarktstabilisierung

Die Steuereinnahmen sind 2010 nominal wieder gestiegen (**Tab. A2-2A**). Allerdings werden der Schuldendienst und die Versorgungszahlungen an pensionierte Beamtinnen und Beamte die öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren stark belasten. Die finanzielle Belastung der öffentlichen Haushalte durch Versorgungs- und Zinszahlungen ist zwischen 1995 und 2010 insgesamt um rund 18% gestiegen (**Tab. A2-5web**). Der Zuwachs ist bei den Ländern mit rund 53% besonders hoch. Ein großer Anteil davon entfällt auch auf Versorgungszahlungen an pensionierte Lehrkräfte.

Abb. A2-2: Struktur des öffentlichen Gesamthaushalts(M) 2008* (in %)



* *Nettoausgaben*

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts, 2008

→ *Tab. A2-4web*

Längerfristig werden die Versorgungs- und Zinszahlungen den Gestaltungsspielraum der öffentlichen Haushalte noch stärker als bisher einschränken. Wie sich das künftig auf die Bildungsausgaben auswirken wird, kann derzeit noch nicht abgeschätzt werden.

Strukturwandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft

Strukturelle Entwicklung stärkt Position der Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Der in den vorherigen Bildungsberichten beschriebene strukturelle Wandel der deutschen Volkswirtschaft hin zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft setzt sich weiter fort (**Tab. A2-6web**). Während 1995 62% aller Erwerbstätigen in Dienstleistungsberufen tätig waren, sind es 2010 71% (**Tab. A2-7web**). Da Frauen insgesamt deutlich häufiger in Dienstleistungsberufen beschäftigt sind, stärkt diese Entwicklung vor allem die Position der Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Insbesondere bei den personenbezogenen Dienstleistungen ist der Anteil von Frauen deutlich höher als der der Männer. Männer arbeiten dagegen häufiger in Wissens- und Informationsberufen.

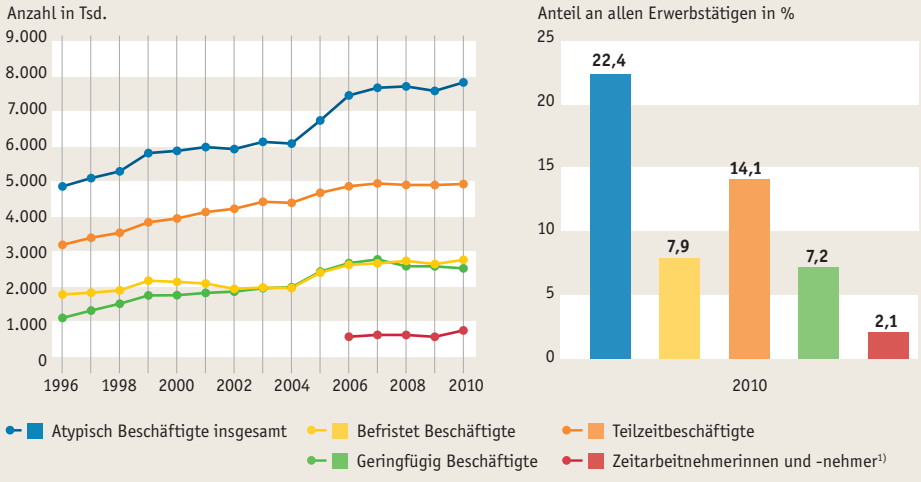
Infolge des Strukturwandels, des technologischen Fortschritts und der Internationalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft verändern sich die Tätigkeitsfelder und somit die Anforderungsprofile der Erwerbstätigen in nahezu allen Sektoren und Berufsfeldern. Während manuelle Fertigkeiten an Bedeutung verlieren, werden in einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft z. B. analytisches Denken, Kommunikations- und Problemlösungskompetenzen stärker gefordert. Hierauf muss das (Aus-) Bildungssystem reagieren. Gerade in den Wissens- und Informationsberufen ist der Anteil der Erwerbstätigen mit hoher Qualifikation mit 66% sehr hoch. Der Anteil Hochqualifizierter in den personenbezogenen Dienstleistungsberufen beträgt 2010 dagegen nur 28%. Der Anteil der Frauen mit hoher Qualifikation ist insbesondere in den Wissens- und Informationsberufen seit 1995 deutlich gestiegen (1995: 53%, 2010: 61%), während der entsprechende Anteil der Männer sogar leicht gesunken ist (1995: 71%, 2010: 69%; vgl. **F4**). Der technologische Fortschritt verstärkt die Notwendigkeit einer guten Erstausbildung und insbesondere der lebenslangen Weiterqualifizierung, die den besonderen Anforderungen der zunehmenden Globalisierung der Arbeitsmärkte entspricht.

Wandel der Beschäftigungsformen

Zunahme atypischer Beschäftigung

Die Erwerbstätigkeit im Zeitverlauf ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Der Indikator muss allerdings zusammen mit dem Wandel der Beschäftigungsbedingungen und -formen betrachtet werden. So trug die Zunahme der Teilzeitbeschäftigten, befristet Beschäftigten, geringfügig Beschäftigten sowie Zeitarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer (atypisch Beschäftige Ⓜ) wesentlich zum Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen bei (**Abb. A2-3**, **Tab. A2-8web**). Die Zahl der Erwerbstätigen stieg seit 2004 um 2,6 auf insgesamt 35 Millionen im Jahr 2010. Allerdings stieg im gleichen Zeitraum die Zahl der Beschäftigten, die in den oben genannten, atypischen Beschäftigungsformen tätig sind, um 1,7 auf 7,8 Millionen, sodass 67% des Gesamtwachstums auf den Zuwachs dieser Beschäftigungsformen entfallen. 2010 befinden sich 22% der Erwerbstätigen in Teilzeitbeschäftigung, befristeter Beschäftigung, geringfügiger Beschäftigung oder Zeitarbeit. Die Zunahme dieser Beschäftigungsformen ist vor allem auf den Zuwachs von Zeitarbeits- und befristeten Arbeitsverhältnissen zurückzuführen. Beide wurden von Unternehmen unter anderem dazu genutzt, flexibel auf die konjunkturellen Veränderungen und die Wirtschaftskrise zu reagieren. Der Bildungsbereich verzeichnet einen im Vergleich zum gesamten öffentlichen Dienst

Abb. A2-3: Entwicklung der Erwerbstätigkeit in ausgewählten Beschäftigungsformen 1996 bis 2010 (Anzahl) sowie Anteil ausgewählter Beschäftigungsformen an allen Erwerbstätigen 2010 (in %)



1) Daten zu Zeitarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmern erst ab 2006 verfügbar
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

→ ***Tab. A2-8web***

hohen Anteil an Personen in befristeten Arbeitsverhältnissen – hiervon sind vor allem jüngere Altersgruppen betroffen (vgl. **B2**).

Der Anteil der atypisch Beschäftigten an den Erwerbstätigen insgesamt sinkt mit zunehmender Qualifikation: Während 38% der Beschäftigten mit niedriger Qualifikation in den genannten Beschäftigungsverhältnissen stehen, sind es bei den Hochqualifizierten nur 15%.

Methodische Erläuterungen

Bildungsausgaben
Erläuterungen vgl. **B3**

Arbeitslosenquote
Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen (abhängige zivile Erwerbspersonen, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige). Arbeitslose sind Arbeitsuchende bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die nicht oder weniger als 15 Stunden wöchentlich in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme als Arbeitnehmer sofort zur Verfügung stehen. Arbeitslose müssen sich persönlich bei ihrer zuständigen Agentur für Arbeit gemeldet haben.

Nettoausgaben
Die Nettoausgaben zeigen die aus eigenen Einnahmequellen der jeweiligen Körperschaften oder Körperschaftsgruppen nach dem Belastungsprinzip zu finanzierenden Ausgaben. Nach diesem Ausgabenkonzept wird der finanzielle Beitrag dargestellt, den die Gebietskörperschaften nach Abzug der von anderen öffentlichen Haushalten empfangenen Zuweisungen zur Durchführung ihrer Aufgaben leisten müssen. Die vom Aufgabenbereich unmittelbar erzielten Einnahmen (z. B. Kindergartengebühren) werden nicht herausgerechnet.

Öffentlicher Gesamthaushalt
Der öffentliche Gesamthaushalt umfasst die Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden, Zweckverbänden, Sozialversicherungsträgern, der Bundesagentur für Arbeit sowie die Sondervermögen von Bund und Ländern. Dargestellt werden die Nettoausgaben (Gesamtausgaben, bereinigt um den Zahlungsverkehr zwischen den Teilhaushalten).

Atypisch Beschäftigte
Hierzu zählen Teilzeitbeschäftigte, befristet Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte sowie Zeitarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer. Zu beachten ist, dass die Kategorien nicht trennscharf sind, d. h., eine Person kann in mehrere Kategorien fallen. Außerdem sollte bei der Interpretation beachtet werden, dass die Beschäftigungsformen teilweise auch aus persönlichen Gründen freiwillig gewählt werden, z. B. Teilzeitarbeit zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

A 3

Wandel der Familien- und Lebensformen

Ein wichtiger Faktor für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn von Kindern ist ihr soziales und familiäres Umfeld: Hier werden die Grundsteine für spätere Bildungserfolge gelegt. Die Entwicklungen der Familien- und Lebensformen Ⓜ sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden daher detailliert betrachtet.

Lebensformen

Weniger Familien mit Kindern ...

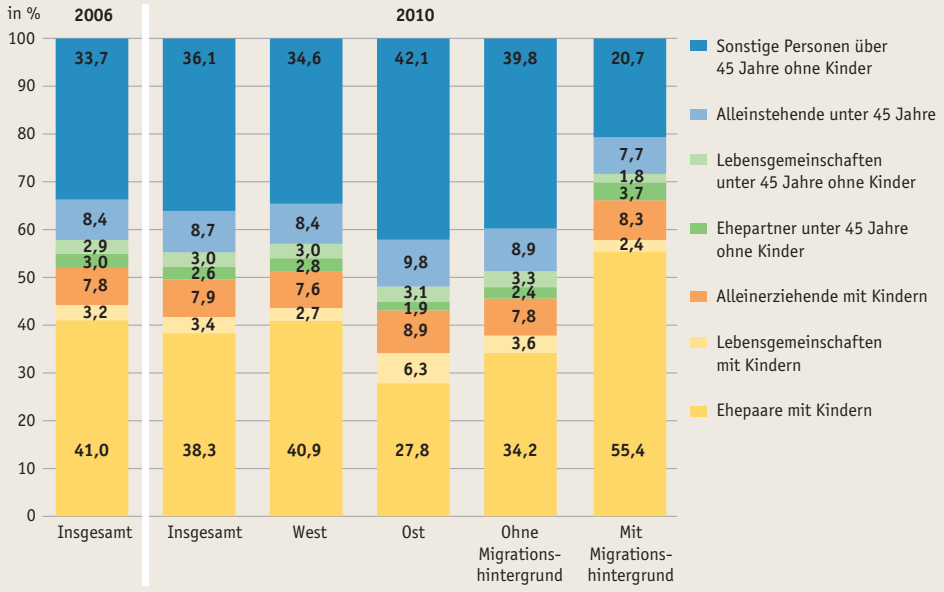
2010 lebt in Deutschland knapp die Hälfte der Bevölkerung – 51% in West- und 43% in Ostdeutschland – in Familien, also als Erwachsene mit ihren nicht volljährigen Kindern, in einem Haushalt. Dieser Anteil ist seit 2006, in Ostdeutschland in etwas stärkerem Maße als in Westdeutschland, um insgesamt 2,4 Prozentpunkte zurückgegangen – ein Effekt, der auch mit der Alterung der Bevölkerung zusammenhängt (**A1**, **Abb. A3-1, Tab. A3-1A**). Der Anteil der Ehepaare mit Kindern ist trotz eines Rückgangs um fast drei Prozentpunkte in den letzten vier Jahren weiterhin mit gut 38% die am weitesten verbreitete Lebensform insgesamt. Dazu trägt auch die Bevölkerung mit Migrationshintergrund bei, denn sie lebt zu etwas mehr als der Hälfte (56%) in dieser Lebensform – allerdings ist der Anteil auch hier in den letzten Jahren um drei Prozentpunkte zurückgegangen.

... auch bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Frauen mit Migrationshintergrund leben häufiger mit Kindern im Haushalt

53% der Frauen mit einem Migrationshintergrund der ersten Generation, also mit eigener Migrationserfahrung, leben zusammen mit Kindern im Haushalt. Bei Frauen mit einem ausschließlich über die Eltern vermittelten Migrationshintergrund sind es 55%, bei denen ohne Migrationshintergrund 41%. Ein ähnlicher Zusammenhang lässt sich bei der Anzahl der Kinder erkennen: Mit zwei oder mehr Kindern im Haushalt leben 29% der Frauen mit eigener Migrationserfahrung, hingegen 32% der Frauen mit ausschließlich über die Eltern vermitteltem Migrationshintergrund. Und auch hier ist der Anteil bei denjenigen ohne Migrationshintegrund mit 19% deutlich geringer (**Tab. A3-4web**).

Abb. A3-1: Bevölkerung Deutschlands 2006 und 2010 nach Lebensformen (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

→ ***Tab. A3-1A***

Familienformen und Erwerbstätigkeit

Mütter immer häufiger erwerbstätig, deutliche regionale Unterschiede bei Teil- und Vollzeitarbeit

Die Erwerbsbeteiligung der Frauen ist im Zeitraum von 2006 bis 2010 deutlich gestiegen, während die der Männer weiterhin auf hohem Niveau stabil bleibt. Je nach Lebenssituation der Frauen – insbesondere dem Zusammenleben mit Kindern in der Familie – zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen. Frauen ohne Kinder im Haushalt arbeiten in allen Altersgruppen mehr Vollzeit als Frauen mit Kindern (**Tab. A3-5web**). Ist das jüngste Kind unter 3 Jahre alt, wird von der Möglichkeit der Beurlaubung vermehrt Gebrauch gemacht; ein Grund dafür könnte die Einführung des Elterngeldes sein (vgl. **C1**). Sind die jüngsten Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren, steigen die Erwerbsquoten rasch an; in Ostdeutschland übersteigen sie sogar diejenigen der Frauen ohne Kinder, wobei häufig eine Teilzeitarbeit ausgeübt wird. An den Anteilen von Teilzeit-/Vollzeitarbeit treten strukturell keine Änderungen ein, wenn die Kinder schulpflichtig werden. In Westdeutschland arbeiten Frauen mit Kindern unabhängig von deren Alter eher in Teilzeit (**Abb. A3-2**, **Tab. A3-6web**).

Die Erwerbstätigkeit der Frauen nimmt mit der Anzahl der Kinder ab. Frauen mit einem oder zwei Kindern sind etwa gleich häufig erwerbstätig wie Frauen ohne Kinder, aber deutlich häufiger in Teilzeit. Frauen mit drei Kindern sind noch zur Hälfte erwerbstätig; lediglich ein Fünftel von ihnen arbeitet in Vollzeit (**Tab. A3-2A**).

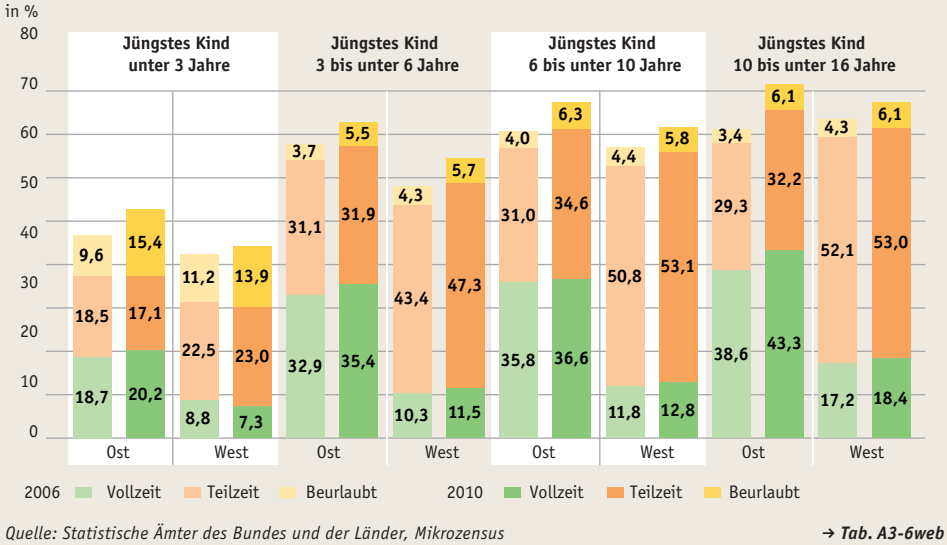
Wunsch nach Vollzeit- statt Teilzeittätigkeit im Osten oft nicht realisierbar

Für mehr als vier Fünftel aller Mütter in Westdeutschland, die Kinder unter 15 Jahren haben, sind es vor allem persönliche oder familiäre Gründe, aus denen sie vorübergehend in Teilzeit arbeiten**.** In Ostdeutschland gibt dies nur knapp die Hälfte der Frauen an. Zudem strebt hier – trotz der ohnehin hohen Vollzeitanteile – fast jede dritte Frau eine Vollzeittätigkeit an, kann aber keine finden (**Tab. A3-7web**).

Befriedigende Rahmenbedingungen für Erwerbstätigkeit oft nicht gegeben

Eine an den Bedürfnissen der Familie orientierte, individuelle Gestaltung der Arbeitszeit ist vielfach nicht gegeben: Nur 40% der Frauen mit Kindern unter 15 Jahren geben an, Beginn und Ende der Arbeitszeit flexibel regeln zu können. Nur jede zweite kann die Arbeitszeit aus persönlichen oder familiären Gründen verschieben. Ein Drittel der Frauen und über die Hälfte der Männer finden für Kinder unter 15 Jahren nach eigener Einschätzung keine ausreichenden Betreuungsangebote (vgl. **C2**). Besonders schwierig ist die Lage für ganztags berufstätige Mütter, aber auch Alleinerziehende und Nicht-Berufstätige mit Erwerbswunsch sehen sich benachteiligt (**Tab. A3-8web**)[1].

Abb. A3-2: Frauenerwerbstätigkeit in West- und Ostdeutschland 2006 und 2010 nach Alter des jüngsten Kindes und Umfang der Beschäftigung (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

→ ***Tab. A3-6web***

1 *Dazu auch BMFSFJ (2011): „Zur Vereinbarkeitssituation von Eltern mit Schulkindern". In: Monitor Familienforschung 25.*

Kinder aus Familien mit Risikolagen

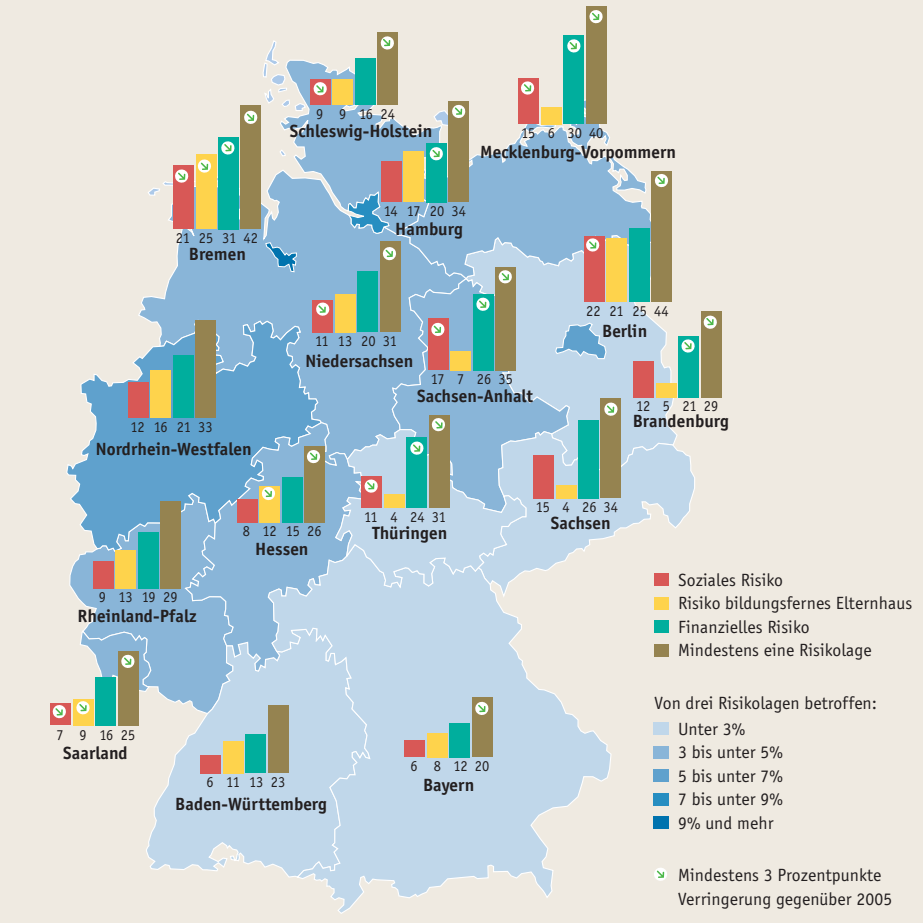
In Deutschland hängen familiäre Lebensverhältnisse, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb besonders eng zusammen. Einige Strukturmerkmale der Familien – Bildungsniveau, sozioökonomischer Status, Erwerbsbeteiligung – beschreiben Rahmenbedingungen für Bildungs- und Entwicklungsprozesse bei Kindern. Hieraus werden drei Risikoarten abgeleitet (**Tab. A3-3A**).

Anteil der Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern nimmt ab

Von einem *bildungsfernen Elternhaus* wird gesprochen, wenn kein Elternteil einen Bildungsabschluss des Sekundarbereichs II oder einen entsprechenden beruflichen Abschluss (mindestens ISCED 3) vorweisen kann. Der Anteil der Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern ist rückläufig und liegt bei knapp 12%. Alleinerziehende und Eltern mit Migrationshintergrund haben häufiger einen niedrigen Bildungsstand, wobei sich die Situation bei den Eltern mit Migrationshintergrund seit 2005 deutlich verbessert hat. Dabei ist die Lage hinsichtlich des Migrationshintergrundes differenziert: Eltern türkischer und außereuropäischer Herkunft sind zu 40 bis 50% bildungsfern, während sich Eltern aus den meisten EU-Ländern im Bildungsstand nicht wesentlich vom Durchschnitt in Deutschland unterscheiden (**Tab. A3-3A**).

Eine *soziale Risikolage* wird angenommen, wenn kein Elternteil erwerbstätig ist. Erwerbstätigkeit kann Familien durch ihre Teilhabe am Netz sozialer Beziehungen Zugang zu Ressourcen des gesellschaftlichen Lebens eröffnen, etwa zu Hilfeleistungen, Anerkennung, Verbindungen bis hin zum Finden von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen.

Abb. A3-3: Risikolagen der unter 18-Jährigen 2010 nach Ländern (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus

→ ***Tab. A3-9web***

Bei zwei Dritteln aller Kinder sind heute beide Eltern erwerbstätig, bei 10% kein Elternteil. Insbesondere geht bei mehr als jedem dritten Kind von Alleinerziehenden der alleinerziehende Elternteil keiner Erwerbstätigkeit nach. Kinder von Familien mit Migrationshintergrund sind mit 15% häufiger von einer sozialen Risikolage betroffen wie der Durchschnitt in Deutschland (**Tab. A3-3A**).

Risikolage aufgrund der elterlichen Erwerbslosigkeit bei 10% der Kinder

Familien befinden sich in einer *finanziellen Risikolage,* wenn ihr Einkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze Ⓜ von 60% des Durchschnittsäquivalenzeinkommens liegt. 2010 beträgt der Anteil der Kinder, die einem finanziellen Risiko ausgesetzt sind, 18%. Kinder von Alleinerziehenden sind mit 38% besonders häufig dieser Risikolage ausgesetzt (vgl. **I**). Auch bei den Kindern mit Migrationshintergrund ist der Anteil mit 30% sehr hoch, bei Eltern türkischer Herkunft und aus Nicht-EU-Staaten beträgt er sogar jeweils etwa 40% (**Tab. A3-3A**).

Weiterhin hoher Anteil armutsgefährdeter Kinder

Der Anteil der Kinder, die in von allen drei Risikolagen betroffenen Familien aufwachsen, hat sich seit 2005 kontinuierlich verringert und liegt 2010 bei 3%. Bei Alleinerziehenden ist mit 11 zu 2% ein sehr viel höherer Anteil von Kindern von allen drei Risikolagen betroffen. Auch in der Gruppe der Kinder mit Migrationshintergrund ist dieser Wert mit 7% vergleichsweise hoch. Von mindestens einer Risikolage sind 29% der Kinder betroffen – 4 Prozentpunkte weniger als 2005. In der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund sind es mit 48% deutlich mehr, wobei dieser Wert in den letzten fünf Jahren sogar um 6 Prozentpunkte gefallen ist (**Tab. A3-3A**).

Besonders stark sind Kinder mit türkischem Hintergrund von Risikolagen betroffen. 71% dieser Kinder sind mindestens einer, 12% allen drei Risikolagen ausgesetzt. Auch hier können im Vergleich zu 2005 deutliche Verbesserungen verzeichnet werden: Der Anteil der von einer Risikolage betroffenen Kinder ist um 5 Prozentpunkte, der von allen drei Risikolagen betroffenen um 3 Prozentpunkte gefallen. Diese Entwicklungen gehen zum größten Teil auf massive Verbesserungen beim Bildungsniveau der Eltern zurück, das 2010 mit 52 gegenüber 60% vor fünf Jahren erheblich weniger Kinder türkischer Herkunft betrifft (**Tab. A3-3A**).

Trotz deutlicher Verbesserungen Familien türkischer Herkunft besonders häufig in Risikolagen

Die durchweg positiven Tendenzen zeigen sich auch auf regionaler Ebene: In den letzten fünf Jahren sind in allen Ländern die Anteile an nahezu allen Risikolagen zurückgegangen, auch wenn regional weiterhin große Unterschiede auszumachen sind (**Abb. A3-3**, **Tab. A3-9web**).

Ⓜ Methodische Erläuterungen

Familien- und Lebensformen
Dem Mikrozensus nach ist *Lebensform* der Oberbegriff. Als *Familien* werden alle Formen des Zusammenlebens mit Kindern bezeichnet. Familien sind Ehepaare, Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende mit Kindern. Als weitere Lebensformen sind Ehepartner (ohne Kinder), Lebenspartner (ohne Kinder) und Alleinstehende aufgeführt. Eltern-Kind-Beziehungen, die über Haushaltsgrenzen hinweg bestehen, und Partnerschaften mit getrennter Haushaltsführung bleiben unberücksichtigt.

Armutsgefährdungsgrenze
Als Einkommen wird hier das Haushaltsäquivalenzeinkommen herangezogen. Das Einkommen eines Haushalts ist die Summe der persönlichen Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder. Das Äquivalenzeinkommen ist eine Rechengröße, die das Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar macht. Hier wird als Äquivalenzskala die „modifizierte OECD-Skala" verwendet, nach der die erste erwachsene Person das Gewicht 1 erhält, weitere Erwachsene sowie Kinder ab 14 Jahren das Gewicht 0,5 und Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. Liegt das Haushaltseinkommen unter 60% des Medians des Durchschnittsäquivalenzeinkommens, wird eine Armutsgefährdung angenommen.

Perspektiven

Die steigende Lebenserwartung bei sinkenden Geburtenzahlen führt auf lange Sicht zu einer Verringerung der Bevölkerungszahl und einer Alterung der Gesellschaft. Diese Entwicklungen führen in der Konsequenz dazu, dass immer weniger Kinder ins Bildungssystem eintreten. Nach und nach erreichen geburtenschwache Jahrgänge weiterführende Schulen und schließlich Hochschulen und Berufsbildung. Selbst bei erhöhter Bildungsaktivität im Erwachsenenalter geht damit die Anzahl aller Bildungsteilnehmer deutlich zurück.

Die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter wird ebenfalls deutlich abnehmen: Geburtenstarke Jahrgänge erreichen die Renteneintrittsgrenze, nachrückende geburtenschwache Jahrgänge werden den Verlust an Erwerbspersonen nicht ausgleichen. Aktuell ist die Tendenz zu einer längeren Erwerbstätigkeit im Alter zu erkennen, die sich unter anderem durch die Änderungen der Bedingungen für den Renten- und Pensionseintritt wahrscheinlich fortsetzen und eine weitere Ausdehnung der Erwerbsphase zur Folge haben wird.

Frauen mit Kindern im Haushalt arbeiten derzeit, insbesondere in Westdeutschland, überwiegend in Teilzeit. Viele sehen aufgrund der derzeitigen Rahmenbedingungen keine Möglichkeit, ihren Wunsch nach Vollzeitarbeit zu realisieren. Eine weitere Verbesserung bei der Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen und Betreuungsangebote für Kinder könnte zu einer Erhöhung der Vollzeitbeschäftigung und des Arbeitszeitvolumens bei Teilzeitbeschäftigung führen.

Eine immer längere Erwerbsphase bedeutet auch, dass die Erwerbstätigen sich länger weiterbilden müssen, womit ein nutzergerechtes Aus- und Weiterbildungsangebot noch mehr an Bedeutung gewinnt. In Zusammenhang mit der Erhaltung der Qualifikation wird unter dem Stichwort „Brain drain“ häufig die Abwanderung gut ausgebildeter Deutscher ins Ausland mit ihren negativen Folgen für den Wirtschaftsstandort Deutschland thematisiert. Bisher gibt es keine Daten, die ein Gesamtbild dieses Phänomens zeichnen.

In den letzten fünf Jahren ist bei den drei mit Bildung in Zusammenhang stehenden Risikolagen eine Verbesserung zu beobachten. Dennoch sehen sich weiterhin überdurchschnittlich häufig Kinder von Alleinerziehenden und Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund Risikolagen ausgesetzt, wobei deutliche Unterschiede je nach Herkunftsregion festzustellen sind. Es ist anzumerken, dass ein Migrationshintergrund an sich keinesfalls als Risikolage zu begreifen ist, sondern dass finanzielle, soziale und bildungsspezifische Härten bei Personen dieser Bevölkerungsgruppe überproportional häufig auftreten. Unter Umständen ergibt sich bezüglich der häufig nicht vorhandenen Berufsabschlüsse bei Zugezogenen eine neue Sachlage durch das am 01.04.2012 in Kraft getretene Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz.

Deutschland hat sich von der Wirtschaftskrise des Jahres 2009 weitgehend erholt. Das Bruttoinlandsprodukt ist 2010 wieder gestiegen und liegt auf dem Niveau von 2008; dieser positive Trend setzt sich auch 2011 fort. Erreicht wurde dieser Umschwung nicht zuletzt durch Konjunkturprogramme der öffentlichen Hand, von denen auch das Bildungssystem profitierte: Durch das Zukunftsinvestitionsgesetz wurden seit 2009 zusätzlich 8,7 Milliarden Euro in die Bildung investiert.

Noch nicht absehbar ist, wie sich die von Bund und Ländern beschlossene Schuldenbremse auf die Bildungsausgaben auswirken wird. Die Schuldenbremse sieht vor, dass die Haushalte von Bund und Ländern in Zukunft grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auskommen. Diese Regelung wurde im Grundgesetz verankert. Im Rahmen einer Übergangsregelung ist festgelegt, dass für den Bund noch bis einschließlich 2015 und für die Länder bis einschließlich 2019 Abweichungen möglich sind.

Bei der Betrachtung der Entwicklungen im Bereich der Beschäftigungsbedingungen und -formen fällt auf, dass die Zahl sogenannter atypischer Beschäftigungsverhältnisse stetig zunimmt. Die Arbeitslosenquote ist von 8,1% im Jahr 2009 auf 7,1% im Jahr 2011 gesunken, große Teile des Anstiegs der Erwerbstätigenzahlen sind auf einen Zuwachs von atypischen Beschäftigungsverhältnissen zurückzuführen. Zeitarbeits- und befristete Arbeitsverhältnisse waren zunächst eine angemessene Reaktion der Unternehmen auf die Wirtschaftskrise – es gilt aber in den folgenden Jahren darauf zu achten, wie sich diese atypischen Beschäftigungsformen weiter entwickeln.